Einzelnummer 10 Pfennig

Spandauer Zeitung

Bezugspreis: Wöchentl. 40 Goldpfennige einschließl. 4 Goldpfennige Botenlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 1.70 Goldmark ausschließlich Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik, Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. Druck und Verlag: Stolzbach & Co., Spandau. — Verantwortlicher Schriftleiter für den Gesamtinhalt einschließlich der Bilderbeilage: Hans Rohmann, Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und städtische Behörden

Erscheint täglich nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Festtage.
Geschäftsstelle: Berlin-Spandau Neuendorfer Straße 101.
Fernruf: Spandau 1226, 1227, 1228

Regelmäßige Beilagen:
Wöchentlich: „Spandauer Illustrierte Zeitung", achtseitig. — „Aus der Welt der Frau" — „Der Kleinsiedler"
Zweiwöchentlich: „Die technische Rundschau"

Anzeigenpreise: Die 10gespalt. Kolonelzeile 20 Goldpfennige, für Spandau 15 Goldpfennige; Familienanzeigen 10 Goldpfennige, im redaktionellen Teil 1 Goldmark. Beilagengebühr beträgt 10 Goldmk. das Tausend. Offertengebühr 15 Goldpfennige. Keine Gewähr für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen. — Bankkonten: Spandauer Bank A. G. m. b. H., Spandau; Landwirtschafts- und Handelsbank A. G. Ges., Spandau. — Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 1707

Nummer 70. Dienstag, den 24. März 1925. 32. Jahrgang.

Unsere Ostgrenzen.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Der Kampf um den Garantiepakt ist auf der ganzen Linie entbrannt. Was soll die Garantie? Sie ändert an der bestehenden, durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rechtsordnung nicht das mindeste, sondern ist eine politische Verpflichtung dritter Mächte zugunsten der Grenzen, wie sie in diesem Vertrage festgelegt sind. Die Garantie, in diesem Falle von England geleistet, erscheint als Defensivbündnis, in das Großbritannien nicht nur sein politisches Ansehen, sondern auch seine Militärmacht einsetzt. Letztlich findet es historisch seine Begründung in der Vorgeschichte des Versailler Vertrags, von der wir wissen, daß eine Reihe rheinischer Klauseln Frankreichs Zustimmung nur deshalb fanden, weil Wilson und Lloyd George den Franzosen einen englisch-amerikanischen Garantiepakt zusicherten.

In den gegenwärtig erörterten Garantiepakt sind die Ostgrenzen naturnotwendig eingeschlossen. Das kommt daher, daß Frankreich mit den Polen und Tschechoslowaken in den letzten fünf Jahren festumrissene politische und militärische Bündnisse abgeschlossen hat. Infolge dieser Bündnispolitik sind die Garantieforderungen der Polen und der Tschechoslowaken heute für Frankreich verbindliches Recht. Die Ostslawen appellieren nicht nur an den ritterlichen Sinn der französischen Nation, sondern auch an die vorhandenen Bündnisse und verlangen deren Erfüllung.

Nun ist aber völlig ausgeschlossen, daß Großbritannien eine Garantie für die polnischen Grenzen übernimmt. Wer je einmal mit einem englischen Staatsmann oder Diplomaten über den polnischen Korridor oder Oberschlesien sprach, weiß, daß die Engländer gegen die heutige Regelung der dortigen Verhältnisse nicht Stellung nehmen werden, weil sie ihnen viel zu gleichgültig ist, daß sie aber noch viel weniger für die unhaltbaren Grenzen eine Garantie übernehmen werden, weil sie nicht im geringsten Lust verspüren, sich im Interesse Polens in Unkosten zu stürzen. Darum ist die von Polen geforderte englische Garantie tatsächlich eine Unmöglichkeit.

Gleichwohl bemüht sich die polnische und tschechoslowakische Diplomatie, in den Garantiepakt der fünf Mächte hineinzukommen. Bleiben nämlich diese ostslawischen Staaten ausgeschlossen, so weiß alle Welt, daß die Großmächte selbst einen Unterschied machen zwischen Deutschlands Westgrenzen und Ostgrenzen. In diesem Unterschied erblicken die ostslawischen Staatsmänner ein Attentat auf den Geist und Wortlaut des Versailler Vertrags und eine Ermunterung der Deutschen, auf eine neue Regelung ihrer Ostgrenzen zu drängen. Deshalb lehnen auch die Polen so energisch das von Deutschland vorgeschlagene Schiedsgerichtsverfahren ab. Sie betrachten es als eine Herausforderung; denn über territoriale Fragen wird von ihnen nicht diskutiert, sondern — mobilisiert.

An dieser Diskussion beteiligt sich nunmehr auch Sowjetrußland. Die bolschewistischen Diplomaten erklären unumwunden, daß völlige Übereinstimmung zwischen der deutschen und russischen Auffassung über die polnischen Grenzen herrscht. Deswegen könnte auch die Übernahme des Schutzes der polnischen Grenzen durch Rußland für die Sowjetrepublik nie in Frage kommen. An der deutschen Diplomatie wäre es aber gelegen, die Regulierung von Deutschlands Ostgrenzen möglichst bald herbeizuführen. Tritt Deutschland bedingungslos in den Völkerbund ein und schließt es mit Frankreich einen Garantiepakt, um Herriot und sein Kartell zu beruhigen, dann macht es die Regulierung seiner Ostgrenzen zu einer sekundären Frage. Eine derartige Politik erscheint Sowjetrußland nicht im Interesse des Friedens gelegen. Solange die unhaltbaren Ostgrenzen fortbestehen, herrscht Kriegsgefahr. Deshalb wird der Friede nicht nur durch Außerkrafthetzung des Versailler Vertrags, sondern durch seine Beibehaltung gefährdet. Die Existenz eines unmöglichen polnischen Staatswesens, das zwischen das Deutsche Reich und Sowjetrußland eingeklemmt ist, verrammelt geradezu Deutschlands größte Wiederaufbaumöglichkeiten. Darum erfordert, auch nach sowjetrussischer Auffassung, die natürliche Gestaltung der deutschen Ostgrenzen die Beseitigung des polnischen Korridors und die Einrichtung eines deutschen Korridors an die russische Grenze.

Diese sowjetrussische Auffassung steigert begreiflicherweise die Nervosität der Polen ungeheuerlich. Das kann uns Deutsche aber nicht abhalten, sie ruhig zu kalkulieren und uns darauf zu besinnen, daß eine einseitige Festlegung unserer Außenpolitik nach Westen, dem deutschen Volke nicht zum Segen gereichen kann, der sowohl das russische Sowjeteisen wie das englische Demokrateneisen im diplomatischen Feuer warm zu halten wußte.

Die alliierten Sicherheitsverhandlungen.

Ein deutsches Memorandum in London überreicht.

Funkspruch der „Sp. Ztg."

London, 24. März.

Die Blätter teilen mit, daß der **deutsche Botschafter Sthamer** dem englischen Außenminister **Chamberlin** am Donnerstag ein **langes Memorandum überreicht** habe, in dem eine Reihe unklarer Punkte des deutschen Vorschlages über eine Garantie der Westgrenzen zur allgemeinen Zufriedenheit aufgeklärt worden seien. Chamberlain soll erklärt haben, **die deutschen Vorschläge könnten nunmehr zur Diskussion in Erwägung gezogen werden.** Mit Befriedigung habe er davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung keineswegs die Räumung der Rheinlande als Vorbedingung zu einem Sicherheitspakt fordere. Der französische Ministerpräsident Herriot soll in London haben wissen lassen, daß er sich dem britischen Standpunkt anschließe, wonach Deutschlands Zulassung zum Völkerbund und der Abschluß des Sicherheitsabkommens gleichzeitig behandelt werden. Man erwartet hier die Rückkehr des französischen Botschafters aus Paris mit eingehenden Instruktionen seiner Regierung.

Einen breiten Raum in den Kommentaren der Blätter nimmt die Frage der von Deutschland geforderten Revidierung der Ostgrenzen ein. Der „Observer" gibt Polen den freundlichen Rat, seinem mächtigen Nachbar Konzessionen zu machen. Gleichzeitig veröffentlichen die „Times" eine Zuschrift des deutschen Botschafters, der erklärt, es sei nicht wahr, daß die deutsche Regierung der polnischen Regierung unmittelbar ein Angebot über direkte Verhandlungen wegen der Grenzabänderungen gemacht und die polnische Regierung dies strikt abgelehnt habe. Botschafter Sthamer erklärt, die deutsche Regierung habe **keinerlei Schritte** dieser Art **unternommen; das von Deutschland vorgeschlagene Abkommen nenne überhaupt nicht die deutsch-polnische Grenze;** schließlich habe die deutsche Regierung von der polnischen über die Angelegenheit keine Mitteilung erhalten, wie besonders die „Times" behauptet hatte. Von den sonstigen zahllosen Kombinationen der Blätter hinsichtlich der Sicherheitsfrage verdient noch eine Information des „Daily Chronicle" wiedergegeben zu werden, die behauptet, die überraschende Reise des französischen Botschafters nach Paris sei dadurch verursacht worden, daß Mussolini England ein Bündnis mit Ausschluß Frankreichs angeboten, das aber England abgelehnt habe.

Marschall Foch tritt nicht zurück.

Paris, 24. März.

In einer offiziellen Mitteilung wird die Meldung eines Londoner Blattes dementiert, wonach Marschall Foch seine Demission angeboten haben soll, wenn dem Versailler Militärkomitee nicht das Recht eingeräumt werde, verbindliche Vorschläge für die **Entwaffnung Deutschlands** einzureichen. Das Militärkomitee von Versailles beschäftige sich, heißt es weiter, mit der von der Botschafterkonferenz verlangten Ergänzung des Berichtes der Kontrollkommission. Die Ergebnisse der Arbeit würden Foch vorgelegt werden, wenn er den Vorsitz wieder übernehme. Der Marschall befinde sich zurzeit auf einer Reise im Süden Frankreichs. Daraus gehe hervor, daß Foch an der Abfassung des ergänzenden Gutachtens persönlich nicht teilnehme. Es stehe noch darin, ob die für Mittwoch angesetzte Sitzung der Botschafterkonferenz sich schon mit dem Gutachten beschäftigen wird.

Neue Verzögerung des Kontrollberichts.

Funkspruch der „Sp. Ztg."

London, 24. März. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" erklärt, die alliierten Regierungen seien endlich über die neuen Bedingungen der **Arbeitsanweisung** übereingekommen, welche dem Versailler Militärausschuß von der Botschafterkonferenz bezüglich der weiteren Prüfung des Berichtes der Kontrollkommission übermittelt werden soll. Die Botschafterkonferenz werde möglicherweise **heute oder morgen** zusammentreten. „Daily News" zufolge deuten alle Anzeichen darauf hin, **daß eine weitere Verzögerung der auf der Grundlage des Berichtes der Kontrollkommission vorzunehmenden Aktion vorsätzlich geplant werde.**

Fleuriaus Reise nach Paris.

Funkspruch der „Sp. Ztg."

London, 24. März. Zu der Pariser Reise des französischen Botschafters in London, Fleuriau, schreibt der Pariser Berichterstatter des Manchester Guardian, es sei zu vermuten, **daß Fleuriau im Einvernehmen mit der britischen Regierung versuchen werde, die französische Regierung dazu zu überreden, sie möchte das deutsche Paktangebot etwas ernster nehmen, und gleichzeitig anzudeuten, daß die britische Regierung die Abhaltung einer Konferenz über diese Frage begünstigen werde.** In London glaube man, daß das deutsche Angebot eine Lösung des Sicherheitsproblems verspreche. Wenn Herriot in der Lage sei, durch Fleuriau eine befriedigende Mitteilung über die Haltung Frankreichs nach London gelangen zu lassen, so könne erwartet werden, daß ein **Meinungsaustausch zwischen Berlin, Brüssel, Paris** und London wegen der Einberufung einer Konferenz beginne. Man glaube auch, daß Fleuriau eine Anregung in der Frage der **deutsch-polnischen Grenze** zu machen habe; doch sei über den Inhalt dieser Anregung noch nichts bekannt.

Der alldeutsche Vorstoß gegen Stresemann.

Der **Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes** hat in Dresden unter dem Vorsitz des Justizrats Claaß getagt und eine **Entschließung** gefaßt, in der er sich die scharfen Angriffe der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes gegen den Reichsminister des Äußeren Dr. **Stresemann** zu eigen macht. Diese Angriffe stehen mit den außenpolitischen Anregungen in Verbindung, die von deutscher Seite in bezug auf die Abschließung eines Sicherungsvertrages gemacht worden sind. Die „Zeit", das Organ des Reichsaußenministers, bemerkt dazu: „Wenn der Alldeutsche Verband diese Anregungen und die daran geknüpften Verhandlungen zum Anlaß nimmt, zu verlangen, daß der Reichsaußenminister vor den Staatsgerichtshof gestellt wird, so kann man dies angesichts der Haltung der gesamten übrigen deutschen Öffentlichkeit auf sich beruhen lassen. **Das Reichskabinett hat sich bei dieser außenpolitischen Frage vollständig auf die Seite des Außenministers gestellt.** Als im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags darüber verhandelt wurde, ist diese Politik **von keiner bürgerlichen Partei abgelehnt worden. Auch die Deutschnationalen teilen nach der Aussprache, die am Sonntag mit dem Reichskanzler stattgefunden hat, keineswegs die Auffassung des Alldeutschen Verbandes.** Dieser Verband steht also mit seinen extravaganten Forderungen allein.

Flottendebatte im Unterhaus.

Funkspruch der „Sp. Ztg."

London, 24. März.

Das **Unterhaus** hat einen Zusatzantrag zum Marineetat, **die Genehmigung für den Flottenstützpunkt in Singapore zu versagen, abgelehnt** und darauf den **Marineetat angenommen.**

In der Debatte erklärte namens der Regierung **Bridgeman,** wenn ein neuer Krieg käme, würde England nicht in einer gleich günstigen Lage sein wie gegenüber Deutschland. Die deutschen Kaperschiffe seien, nachdem sie enormen Schaden angerichtet hätten, fast alle erledigt worden. Wenn ein künftiger Gegner den englischen Handel angreifen würde, so würde es eine riesige Zahl von Kaperschiffen geben. **70 Kreuzer seien nötig gewesen, um ein paar deutsche Kaperschiffe einzukreisen.** Die Aussichten für England würden in einem Kriege mit einem anderen Gegner bedenklich sein, wenn die britischen Kreuzer nicht Unterstützung durch Großkampfschiffe hätten. Wenn der Plan, den Flottenstützpunkt in Singapore zu bauen, aufgegeben würde, würde die Lage der Dominions außerordentlich schwierig werden.

Die Vorgänge auf dem Baumaterialienmarkt.

Funkspruch der „Sp. Ztg."

Elberfeld, 24. März. Die Stadtverordneten beschlossen, die Regierung zu ersuchen, ihr Augenmerk auf die Vorgänge am Baumaterialienmarkt zu richten und zu verhindern, **daß die Preise der Baumaterialien zu schwindelhafter Höhe steigen und die geldlichen Opfer, die Reich, Länder und Gemeinden für den Wohnungsbau gebracht haben und noch bringen, fast illusorisch gemacht werden.** Hier müsse die Regierung mit fester Hand durchgreifen.

Wahlausschreitungen.

Gestern abend entstand im Nordosten Berlins zwischen Angehörigen des Bismarckbundes, die Wahlflugblätter verteilten, und Mitgliedern des Roten Jungsturms eine **Schlägerei,** bei der die Kommunisten **von Messern und Schlagringen** Gebrauch machten. Auf beiden Seiten wurden **mehrere Personen verletzt.** Die Polizei zerstreute die Menge und nahm sieben Beteiligte fest.

Eisenbahnunglück in Polen.

Funkspruch der „Sp. Ztg."

Warschau, 24. März.

Bei Rogow entgleiste aus bisher unbekannter Ursache der Schnellzug Krakau—Warschau. Vier Wagen wurden zertrümmert, **drei Personen vom Zugpersonal sind getötet,** 10 Reisende wurden verletzt.